

# Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 12 | 28. November 2017



Liebe Leserinnen und Leser,

vor der Wahl gab es Beschwerden, dass die etablierten Parteien thematisch viel zu dicht beieinander liegen und es im Wahlkampf keine echte Auseinandersetzung gibt. Nach der Wahl gibt es Beschwerden, dass die Parteien zu viel streiten und keine zügige Koalitions- und Regierungsbildung stattfindet. Ganz offenkundig hat die Politik Probleme, die an sie von den Medien und Teilen der Öffentlichkeit gestellten Erwartungen zu erfüllen.

Tatsächlich hat das Wahlergebnis uns vor keine leichte Aufgabe gestellt. Die SPD hat nach ihrem erneuten Wahlschock eine Große Koalition sofort ausgeschlossen und andere Zweierbündnisse sind rechnerisch nicht möglich. Dass Dreierbündnisse keine Selbstläufer sind, haben dann die Jamaika-Verhandlungen gezeigt. Jetzt wird uns das Thema bis in die Weihnachtszeit und darüber hinaus begleiten. Die Union ist bereit, weiterhin an der Zukunft unseres Landes zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Wie wir das gestalten können, müssen die nächsten Wochen zeigen.

Ich wünsche Ihnen bis dahin erst einmal eine frohe und besinnliche Adventszeit!  
Wir sehen uns im Wahlkreis!

Ihre 

Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
Email: [mechthild.heil@bundestag.de](mailto:mechthild.heil@bundestag.de)  
Telefon (030) 227 77040  
Telefax (030) 227 76423



Web: [www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de)

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: [www.facebook.com/MechthildHeil](https://www.facebook.com/MechthildHeil)

Instagram: [www.instagram.com/mechthild\\_heil](https://www.instagram.com/mechthild_heil)



**Bundesminister  
Thomas de Maizière**

## Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Ahrweiler

**Montag, 8. Januar 2018  
17:00 Uhr, Bad Breisig  
Rheinhotel „Vier Jahreszeiten“**

## Wahlnachlese

Das Ergebnis der Bundestagswahl war auch aus Sicht der Union nicht zufriedenstellend. Wir haben ein mäßiges Ergebnis eingefahren, obwohl vor der Wahl mehr prognostiziert worden war. Hierbei spielen auch Erwartungen eine Rolle: Nie vor einer Wahl haben die Wähler so klar einen Sieg der Union erwartet, wie dieses Mal. Das hat offenkundig dazu geführt, dass nicht wenige Unionswähler ganz zu Hause geblieben sind, oder mit ihrer Stimme "experimentiert" haben - in der Erwartung, dass es auf ihre Stimme nicht ankommen würde. Das zeigt noch einmal deutlich, dass es bei jeder Wahl auf jede Stimme ankommt und Meinungsumfragen eben nur unsichere Prognosen sind.

Einem Großteil unserer Verluste stehen allerdings Gewinne bei der FDP gegenüber. Es ist insgesamt festzustellen, dass bei den letzten fünf Bundestagswahlen Union und FDP gemeinsam jeweils etwa 45% der Stimmen erhalten haben. Das "Bürgerliche Lager" insgesamt hat sich in seiner Stärke also kaum verändert. Die letzten Wochen zeigen allerdings auch, dass Stimmen für die FDP nicht mehr unbedingt Stimmen für eine CDU-Bundeskanzlerin sind und bürgerliche Wähler deshalb nicht gefahrlos ihre Zweitstimme der FDP "leihen" können.

Bei der Wahl wurden leider auch die politischen Ränder gestärkt. Die AfD konnte ihr Ergebnis gegenüber 2013 fast verdreifachen und auch die Linkspartei hat wieder etwas zugelegt. Die AfD gewinnt dabei neben Nichtwählern in größerem Maße sowohl von der Union als auch von SPD und der Linkspartei Wähler hinzu. Es ist also Mitnichten so, dass vor allem Unionswähler zur AfD gewechselt sind. Für die Zukunft müssen alle Parteien in ihrem Umgang mit der AfD besser werden. Wir müssen darum werben, die Wähler zurückzugewinnen, indem wir Probleme ernst nehmen, die ihnen unter den Nägeln brennen. Und das ohne die teilweise menschenverachtenden und größtenteils wirklichkeitsfremden Lösungsideen der AfD zu übernehmen.

## Jamaika Verhandlungen

"Außer Spesen nichts gewesen" könnte man als Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen feststellen. Ich bedauere es sehr, dass die FDP nicht das Durchhaltevermögen hatte, wenigstens in konkrete Koalitionsverhandlungen einzutreten. Denn obwohl es natürlich sehr schwierige Punkte gab, hatten wir auch bereits einige gute Einigungen verhandelt. Wir hätten in dieser Parteienkonstellation die Chance gehabt, bei seit langem bestehenden Diskussionen, wie zum Beispiel dem Verhältnis von Datenschutz und Sicherheit oder Landwirtschaft und Umweltschutz zu Lösungen zu kommen. Diese Zwischenergebnisse gilt es für die kommenden Wochen festzuhalten, weil sie unser Land voranbringen könnten.

Für mich waren insbesondere die folgenden Vereinbarungen aus den Sondierungsgesprächen wichtig: Wir wollten junge Familien fördern und dafür das Kindergeld um 25 Euro erhöhen, ein Baukindergeld einführen und einen Rechtsanspruch zur Betreuung von Grundschulkindern ermöglichen. Beim schwierigen Thema Landwirtschaft bestand Einigkeit, die konventionelle Landwirtschaft nicht gegen Aspekte des Tierwohls auszuspielen, sondern gemeinsam mit den Landwirten mehr zu erreichen. Es sollte nicht mit der Keule des Ordnungsrechts, sondern mit finanziellen Anreizen gearbeitet werden. Wir wollten den Mindestlohn im Ehrenamt sowie die Pflege entbürokratisieren und zu einer besseren Bezahlung in der Pflege kommen. In den Abbau des Solidaritätszuschlags wollten wir zügig einsteigen und darüber hinaus ganz kleine Einkommen bei den Steuern zusätzlich entlasten. Schließlich hatten alle Verhandlungspartner einer Erhöhung der Sicherheit durch mehr Videoüberwachung und die Einstellung von 7.500 zusätzlichen Polizeistellen beim Bund zugestimmt, sowie einer Ausweitung der Sicherer Herkunftsländer zur Beschleunigung der Asylverfahren.

## Wie geht es weiter?

**Julia Klöckner MdL**

die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende erklärte gestern dazu:

**„Wir sind uns einig, dass wir nach dem Aus der Jamaika-Sondierungen nun die zweite Möglichkeit einer stabilen Regierungsbildung ernsthaft ausprobieren müssen, die Große Koalition.“**

**Grundlage für mögliche Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen wird nicht das Sondierungspapier sein, das in der Jamaika-Runde erarbeitet wurde und bereits Kompromisse unsererseits enthielt. Grundlage von Gesprächen wird unser Regierungsprogramm aus dem Wahlkampf sein.**

**Öffentlich vorgetragene rote Linien? Davon rate ich ab. Dass die SPD versucht, den Preis für den Eintritt in eine GroKo hoch zu treiben, ist verständlich, wird aber wenig bewirken. Denn Regierungsverantwortung zu übernehmen ist weder etwas Banales noch etwas Schlimmes, sondern es sollte grundsätzlich Ziel und Anspruch jeder Partei sein, wenn sie sich zur Wahl stellt. Eines ist klar: Wer sich gegenseitig rote Linien vor den Kameras setzt, der wird hinter verschlossenen Türen beim Sondieren und Koalieren nicht weit kommen.**

**In unserer CDU-Präsidiumssitzung haben wir uns einstimmig dafür ausgesprochen, ernsthafte Gespräche für eine Große Koalition und für eine stabile, verlässliche Regierung aufzunehmen. Diese Ernsthaftigkeit erwarten wir auch von den Sozialdemokraten - ohne parteitaktische Spielchen.**

**Wie sieht der Zeitplan aus? Am kommenden Donnerstag werden die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD beim Bundespräsidenten sein. Die SPD wird am 8./9. Dezember ihren Bundesparteitag durchführen, bei dem sie über ihr Umschwenken und über ihre mögliche Bereitschaft zu einer Großen Koalition berät. Deshalb wird sich unser CDU-Bundesvorstand am 10. und 11. Dezember in Berlin treffen, um über die dann aktuelle Lage zu beraten.“**